

«Klimapolitik ist leider oft Symbolpolitik»

Für Peter Eisenhut, Stiftungsratspräsident der Stiftung Zukunft.li, gibt es noch Verbesserungspotenzial bei der Klimastrategie der Regierung.

Interview: Patrik Schädler*

Der Landtag wird sich in der nächsten Woche mit der liechtensteinischen Klimastrategie 2050 befassen. Dabei lohnt sich auch ein Blick auf die Grössenverhältnisse. Die Schweiz stösst pro Jahr 46 Megatonnen CO₂ aus. Dies ist ein Anteil von 0,1 Prozent der globalen Emissionen. Sie ist damit bildlich gesprochen ein Fliegenschiss. Damit ist klar, dass Liechtenstein bezüglich CO₂-Ausstoss höchstens unter dem Mikroskop sichtbar wird. Peter Eisenhut, Stiftungsratspräsident der Stiftung Zukunft.li, findet die Klimastrategie der Regierung grundsätzlich gut. Er sieht aber auch unnötige Einschränkungen, welche sich die Regierung auferlegt.

Herr Eisenhut, ist es angesichts der Kleinheit Liechtensteins überhaupt sinnvoll, eine eigene Klimastrategie zu verfolgen?

Peter Eisenhut: Unbedingt, ein liberales Land wie Liechtenstein muss Eigenverantwortung für sein Handeln übernehmen – unabhängig von der Grösse des eigenen CO₂-Ausstosses. Als einem der reichsten Länder der Welt steht es Liechtenstein zudem gut an, als Vorbild und aus Solidarität mit der Welt voranzugehen. Zudem hat sich das Land auch in internationalen Abkommen dazu verpflichtet. Dabei sollte man sich allerdings vor Augen halten, dass der CO₂-Fussabdruck von Liechtenstein im Ausland aufgrund der vielen Importe wie Autos, Kleider, Rohstoffe usw. etwa doppelt so hoch ist wie im Inland. Liechtenstein ist also für weit mehr CO₂-Ausstoss verantwortlich, als es auf den ersten Blick erscheint.

Bis 2030 will die Regierung den CO₂-Ausstoss um 50 Prozent reduzieren. Davon sollen maximal 10 Prozent durch die Unterstützung von Klimaprojekten im Ausland kompensiert werden. Diese Limitierung für die Kompensation im Ausland hält die Stiftung Zukunft.li für falsch. Warum?

Es herrscht ein breiter Konsens, dass die Verschmutzung der Atmosphäre ein grosses Problem und dringend anzugehen ist. Dem Klima nutzt es definitiv am meisten, wenn pro ausgegebenen Franken eine möglichst hohe CO₂-Einsparung erreicht wird. Die Reduktions- oder Vermeidungskosten sind aus liechtensteiner Sicht im Ausland häufig um ein Vielfaches tiefer als im Inland. Für einen erfolgreichen Klimaschutz ist es deshalb sinnvoll, die unterschiedlichen Vermeidungskosten zu nutzen. Mit dem maximalen Auslandsanteil von 10 Prozent beschneidet sich Liechtenstein – völlig unnötig – selbst in seiner Flexibilität. Zudem verschliesst die Regierung damit zumindest ein Auge: Die Verantwortung für den doppelt so hohen CO₂-Fussabdruck im Ausland fällt



Für Peter Eisenhut verschliesst die Regierung in der Klimastrategie 2050 «zumindest ein Auge»: Die Verantwortung Liechtensteins für den doppelt so hohen CO₂-Ausstoss im Ausland falle aus dem Blickfeld. Bild: Tatjana Schnalzer (25.2.2022)

aus dem Blickfeld. Dabei geht es gar nicht um ein «entweder oder», sondern um ein «sowohl als auch»: Klimaschutz sowohl im Inland als auch im Ausland. Den In- und Auslandsanteil sollte die Regierung unserer Ansicht nach aufgrund von konkreten Projekten und geeigneten Kriterien bestimmen, um ein Optimum im Klimaschutz zu erreichen.

Bei einer Erhöhung des Auslandsanteils sagt aber die zuständige Ministerin Sabine Monauni, dass sich Liechtenstein damit nur «freikaufen» würde.

Für den Erfolg des Klimaschutzes zählt einzig und allein, dass mit den eingesetzten Mitteln eine möglichst hohe CO₂-Reduktion erreicht werden kann. Der Atmosphäre ist es völlig egal, ob das im In- oder Ausland

«Mit dem maximalen Auslandsanteil von 10 Prozent beschneidet man sich unnötig.»

ist. Es geht also nicht um «freikaufen», sondern um einen effizienten Ansatz zur Bekämpfung des Problems. Nicht umsonst sieht die Pariser Klimaabereinkunft in Artikel 6 freiwillige grenzüberschreitende Projekte vor. Mit solchen internationalen Kooperationen sollen eine Steigerung der Ambitionen und ehrgeizigere Klimaschutzziele erreicht werden. Eine Orientierung der Klimapolitik an der Effizienz ist sinnvoll und notwendig. Leider aber ist es so, dass derjenige, der in einem politischen Prozess Effizienz verlangt, sich oftmals im «falschen Spiel» fühlt.

Die Schweiz will die Reduktion der Emissionen bis 2030 zu zwei Dritteln im Inland und zu einem Drittel mit Klimaschutzprojekten im Ausland erreichen. Dafür erntete sie aber an der Klimaschutzkonferenz in Sharm el-Sheikh auch Kritik. Würde Liechtenstein nicht das Gleiche drohen?

Die Kritik an der Schweiz greift unseres Erachtens zu kurz und bestätigt, dass der nationale Fokus leider auch im Klimaschutz dominant ist. Dahinter steckt die Haltung, dass inländische Projekte sinnvoller sind, weil man dann weiss, wohin das Geld geht, von besserer Luft profitiert und Arbeitsplätze und Innovationen im Inland fördert. Diese Argumentation hat wenig mit Klimapolitik zu tun, sondern vielmehr mit einer vermeintlichen Unterstützung der

inländischen Wirtschaft. Klimaschutz ist ein globales Problem, das – wenn überhaupt – nur global gelöst werden kann. Damit unterscheidet es sich fundamental von anderen Umweltproblemen, die sich lokal auswirken, wie z. B. die Wasserqualität von Seen. Für ein einzelnes Land ist der nationale Nutzen einer lokalen CO₂-Reduktion nicht zu spüren. An Bekenntnissen zum globalen Problemverständnis fehlt es nicht, an Einsicht aber schon. Zudem ist den internationalen Kritikern entgangen, dass die Schweiz und Liechtenstein einen im internationalen Vergleich hohen CO₂-Fussabdruck im Ausland hinterlassen und deshalb auch dafür eine entsprechende Verantwortung übernehmen sollten.

Aber ist nicht vieles beim Klimaschutz reine Symbolpolitik? Es muss doch allen klar sein, dass sich das 1,5-Grad-Ziel weltweit nur erreichen lässt, wenn Länder mit einem grossen Ausstoss wie etwa China, Brasilien, Saudiarabien oder Indonesien sich im gleichen Mass engagieren. Damit treffen Sie den Nagel auf den Kopf: Klimapolitik ist leider nach wie vor oftmals Symbolpolitik, bei der der nationale Blickwinkel und gesinnungsethische Argumente dominieren. Dringend notwendig wäre eine internationale Zusammenarbeit. Denn CO₂ dürfte schon

längst nicht mehr gratis oder sogar subventioniert in die Atmosphäre abgegeben, sondern müsste mit einem globalen Preisschild versehen werden. Aber auch nach der Konferenz in Sharm el-Sheikh sind wir noch weit von der Kostenwahrheit bei CO₂-Emissionen entfernt.

Die jüngste Publikation der Stiftung Zukunft.li trägt den Titel «Wirtschaftswachstum: Trilemma zwischen Wachstum, Umwelt und Lebensqualität». Darin gibt es auch ein Kapitel zu den Treibhausgasemissionen. Wie gut oder schlecht steht hier Liechtenstein im Vergleich da?

Im weltweiten Vergleich platziert sich Liechtenstein bei den Pro-Kopf-Emissionen im Inland zwischen Rang 60 und 70

«Es ist sinnvoll und notwendig, dass sich die Klimapolitik an der Effizienz orientiert.»

von rund 190 Ländern. Wird auf den konsumbasierten Ausstoss abgestellt, beim dem auch die Importe (abzüglich der Exporte) berücksichtigt werden, rückt Liechtenstein auf die Plätze zwischen 15 und 20 vor. Bisher ist es Liechtenstein und der Schweiz nicht gelungen, die konsumbasierten CO₂-Emissionen von der BIP-Entwicklung zu entkoppeln.

Wo wären aus Ihrer Sicht die effizientesten Ansätze für den Kleinstaat?

Wie schon erwähnt, ist Klimaschutz ein globales Problem, das nur global gelöst werden kann. Diplomatie und Zusammenarbeit auf multilateraler und europäischer Ebene im Hinblick auf eine CO₂-Bepreisung ist für Liechtenstein ein erstes internationales Handlungsfeld. Ein weiteres internationales Handlungsfeld sind bilaterale Abkommen. Weil solche Abkommen ein aufwendiges Unterfangen sind, sollte Liechtenstein abklären, ob es sich dem einen oder anderen bilateralen Abkommen der Schweiz anschliessen könnte. Auch bei den inländischen Massnahmen sollten neben der Effizienz die Kriterien Effektivität, Technologieneutralität und Kostenwahrheit beachtet werden. Zudem ist es im Inland besonders notwendig, Massnahmen zum Schutz vor dem Klimawandel zu ergreifen.

*Das Interview wurde schriftlich geführt.